Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Vorsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis (Hauptstadt) vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. Abnahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dresden oder nach Dresden 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Erste und grösste Masken- und Theatergarderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, parterre und erste Etage.
Dominos in reichster Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

Thüre zu! D.R.Patent.
Vollkommenster selbstthätiger geräuschloser Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. 40,000 Stück im Gebrauch.
Cart Heinsius, Dresden-N., Tieckstrasse 27.
Fernsprecher 2100.

Bay-Rum,
wirkt erfrischend auf die Kopfhaut, befördert den Haarwuchs, beseitigt die lästigen Kopfschuppen. Flasche 1 M. u. 1,50.
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hof-Apotheke, Dresden, Georgenthor.

Flanellhemden
mit vorzuknöpfenden weissen Leineneinsätzen (gesetzlich geschützt)
Otto Wolfram Nachf., Hoflief.,
König-Johannstrasse 2.
Illustrirte Prospecte gratis und franco.

R. D. Fabricius
38 Pragerstr. Photograph.-artist. Atelier Pragerstr. 38
Porträts, Gruppen- und Kinder-Aufnahmen in jeder Grösse, Vergrösserungen nach jedem kleinen Bilde bis Lebensgrösse. Vorzügliche Ausführung, mässige Preise.

Christofle-Bestecke, weltbekannt solidestes Fabrikat zu Fabrikpreisen. Einziges Depôt Hofl. **Rob. Hoffmann,** See-Strasse, gegenüber Victoria-Hotel.

Nr. 38. Spiegel: Die kaiserlichen Erlasse. Landtagsverhandlungen, Wahlversammlungen, Academischer Gesangverein, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Die beiden Schützen", „Die Räuber". **Freitag, 7. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Pierer in Dresden.

Der Kaiser hat gesprochen! Welch' ein Herrscher! Diese oder ähnliche Ausdrücke der Bewunderung drängen sich unwillkürlich jedem guten Deutschen auf, der die heute telegraphisch mitgetheilten Erlasse Kaiser Wilhelms über die Arbeiterfrage gelesen. Sie haben Hand und Fuß! Sie eröffnen dem Deutschen Reiche begründete Aussicht auf Erhaltung des inneren Friedens, auf gedeihliche Entwickelung, auf einträchtiges Zusammenwirken aller Schichten und Stände zum allgemeinen Volkswohl. Welch' ein Kaiser! Soeben erst hatte der jugendfrische und doch mit so reifem Urtheil ausgestattete oberste Kriegsherr an die Fähndriche im Lichterfelder Cadettenhause eine mündliche, den Nagel auf den Kopf treffende Ermahnung gerichtet, so erläßt er von seinem Arbeitstische aus, in seiner Eigenschaft als Reichsoberhaupt, in Sachen des Bürgerfriedens und der sozialen Reform zwei Schriftstücke, welche ein unvergängliches Denkmal von Regentenweisheit und Menschenfreundlichkeit, zugleich einen Marksteine in der Entwickelung der Kultur darstellen. Nähme die Wahlbewegung nicht alles politische Interesse in Anspruch, so wären die Worte des Kaisers an die 400 im Frühjahr ins Heer als Offiziere eintretenden Cadetten (seine Mahnungen zur Einfachheit und Mäßigkeit, die Warnung vor Aufwand und Luxus, das Gebot, nicht forsch und schneidig gegen die Mannschaften zu sein, sondern Langmuth und Geduld zu üben, das Unterlassen jeder Mißhandlung von Untergebenen u. s. w.), Alles dies wäre Gegenstand ausführlicher Besprechungen in der Oeffentlichkeit gewesen. Die neuesten kaiserlichen Erlasse über die Arbeiterfrage werden einen umso breiteren Raum in der Wahlbewegung einnehmen und sie, dieser Hoffnung leben wir, auf's Günstigste beeinflussen. Kaiser Wilhelm II. bekennt sich in freimüthigen Worten und voll hochherzigster Gesinnung zu den Aufgaben des sozialen Königthums; seine Erlasse übertreffen noch an Bedeutung die kaiserliche Botschaft seines erlauchten Großvaters vom 17. November 1881.

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten." Mit diesen herzerfrischenden Worten leitet der Kaiser den Erlaß an den Fürsten Bismarck ein. Er befiehlt dem Reichskanzler, einen Congreß der hauptsächlichsten Industriestaaten Europas zur Regelung des Arbeiterschutzes herbeizuführen. Dieser Erlaß hat internationale Zwecke im Auge. Gleichzeitig verfolgt der Kaiser aber auch denselben Zweck auf nationalem Wege. Ein zweiter Erlaß und zwar an den neuen Handelsminister, v. Berlepsch, befiehlt die Abänderung des Gewerbegesetzes, ebenfalls in Ansehung des Arbeiterschutzes. So wird diese für den inneren Frieden und alle gesellschaftliche Entwickelung wichtigste Frage international und national in Angriff genommen. Betrachten wir zuvörderst den ersteren Sachverhalt. Gleichsam in Concurrenz mit der Schweiz, welche eine internationale Konferenz zur gemeinsamen Regelung der Fabrikgesetzgebung zum Schutze der Arbeiter geplant, nimmt jetzt der deutsche Kaiser die Sache in die Hand. Es ist noch nicht ganz klar, ob sich das Vorhaben der Schweiz durch das Unternehmen unseres Kaisers verüberflüssigt wird; klar ist aber, daß wenn das Oberhaupt eines Reiches von der Machtstellung Deutschlands eine Sache betreibt, ein Erfolg in sicherer Aussicht steht, als wenn ein kleines Land sich daran macht. Kaiser Wilhelm geht auch etwas anders vor, als der Schweizer Bundesrath. Letzterer hatte seine Einladung unterschiedslos an alle Staaten, solche mit der höchst entwickelten und solche mit sehr geringer Industrie gerichtet. Unser Kaiser will aber zunächst eine Verständigung der Hauptindustrieländer unter sich herbeiführen, um dann auf erweiterter Konferenz den internationalen Arbeiterschutz durchzusetzen. Der gemeinsame Wille Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgiens und der Schweiz (Oesterreich und Italien werden nicht namhaft gemacht; vermuthlich hat Kaiser Wilhelm sich vorher der Zustimmung seiner Bundesgenossen schon versichert) in Sachen des Arbeiterschutzes würde auf die übrigen Länder einen unwiderstehlichen Druck ausüben. Durch internationale Schutzgesetze soll „denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegengekommen werden, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind." Von Bedeutung ist in diesem Erlasse auch, daß der Kaiser erwähnt, daß „die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen". Offenbar stellt der Kaiser den Bestrebungen der rothen Internationale einen Bund der Regierungen entgegen. Im Hintergrunde der rothen Internationale lauert doch die Revolution; der von ihr betriebene Arbeiterschutz gilt doch nur als die Vorbereitung für den schließlichen Umsturz der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungen. Umgekehrt will der Kaiser durch völkerrechtlichen Arbeiterschutz, zu dem sich die Regierungen verbinden, jener Bewegung ihren gefährlichen Charakter nehmen. Indem die Gesetzgebung die berechtigten Ansprüche an den Arbeiterschutz erfüllt, ist sie um so besser im Stande, den revolutionären Plänen entgegenzutreten. Der Kaiser will also durch weise, arbeiterfreundliche Maßnahmen der Revolution den Wind aus den Segeln nehmen. Er darf erwarten, daß die Arbeiter, sobald sie sehen, daß auf friedlichem, gesetzlichem Wege ihre Lebenslage gehoben wird, sich nicht mehr für die ehrgeizigen Pläne ihrer falschen Propheten gewinnen lassen. Der Kaiser bethätigt denn auch seine wirkliche Fürsorge für das Arbeiterwohl, indem er den Arbeitern nur Erreichbares verheißt. Die heimische Industrie muß lebens- und leistungsfähig erhalten bleiben, der Rückgang der heimischen Betriebe würde sich in dem Brotloswerden der Arbeiter an diesen am bittersten rächen.

Der zweite Erlaß des Kaisers macht sich ganz das Arbeiterschutzgesetz zu eigen, das der Reichstag wiederholt und zuletzt einstimmig angenommen hat, dem aber leider der Bundesrath bisher keine Folge gab. Anders der Kaiser jetzt! Die Vorschriften der Gewerbeordnung betr. Sonntagsarbeit, Arbeitsvertrag, Lohnzahlung, Einrichtungen für Gesundheit und Sittlichkeit, Beschäftigungen von Frauen und Kindern sollen geprüft und ihrer Mängel entkleidet werden. Ein Gesetz über Einrichtung von Vertretungskörpern der Arbeiter, mittelst deren sie ihre Wünsche und Beschwerden frei und friedlich verlautbaren, soll erlassen werden; ein Gesetz über Gewerbschiedsgerichte und Einigungsämter ist bereits ausgearbeitet. Wir kommen später auf dessen Einzelheiten zurück und enthalten uns vorläufig auch des Eingehens auf die Bergarbeiterfrage; der Kaiser will die Staatsbergwerke bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten machen. Die Grundsätze, deren Befolgung der Kaiser empfiehlt, verdienen die höchste Anerkennung: Aufgabe der Staatsgewalt ist es, ruft der Kaiser aus, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben." Mehr kann ein Arbeiter nicht verlangen, es sei denn, er gehe auf den Umsturz des Bestehenden, auf die gewaltsame Entziehung des Eigenthums der besitzenden Klassen aus! Der Kaiser steckt sich das höchste Ziel, das einem Herrscher winkt, er sucht sein größtes Lebensglück darin, sein Volk auf eine hohe Kulturstufe zu heben, seinen Wohlstand in reichem Maße zu mehren, seine Fortschritte in Gesittung und Freiheit zu sichern, seine Rechte zu erweitern. Ein edlerer Ehrgeiz ist nicht zu denken. Welch' ein Kaiser!

Wie wird die Nation, vor die ihr Oberhaupt mit einer solchen Friedensbotschaft tritt, darauf antworten? Der freudigen Zustimmung der staatserhaltenden Parteien darf der Kaiser gewiß sein. Ihre Abgeordneten werden ihn jederzeit und kräftig unterstützen. Die Deutschfreisinnigen können, wenn sie ihren Grundsätzen getreu bleiben wollen, zu dem gewaltigen Unternehmen des Kaisers nur scheel sehen. Ihr Ideal ist das freie Spiel der Kräfte, sie verwerfen ja jede Einmischung der Staatsgewalt in die Gütererzeugung; jede Art von „Staatssozialismus" ist ihnen ein Gräuel und wenn sie im Reichstage zuletzt sich auch für den Arbeiterschutz erklärten, so täuschen sie Niemanden über ihre selbstsüchtigen Grund dabei. Den Sozialdemokraten aber schlägt der Kaiser mit seinem sieggewährleistenden Eintreten für den Arbeiterschutz die wirksamste Waffe aus der Hand. Die Arbeiter wissen jetzt, welchen warmen Freund, welchen hilfsbereiten und zur Hilfe fähigen Bundesgenossen sie an dem Kaiser haben. Er wird die Mißstände, unter denen die Arbeiterwelt leidet, mit kräftigem Arme beseitigen; die Arbeiter brauchen sich nicht mehr mit Vertröstungen auf den fernen sozialdemokratischen Zukunftsstaat abspeisen zu lassen. Der Kaiser schafft ihnen Alles, was sie billigerweise verlangen können, in Frieden und alsbald. Wie sollten sie noch mehr den Wahngebilden nachjagen, die ihnen vorgespiegelt werden und zu deren Verwirklichung, wenn sie überhaupt denkbar wäre, doch nur durch ein Meer von Blut und Elend zu schreiten wäre? Darum wählt Volksvertreter, die den menschenfreundlichen Kaiser in der Sozialreform unterstützen, nicht solche, die das Arbeiterwohl nur im Munde führen, um ihre Herrschsucht zu befriedigen. Vertrauen dem Kaiser!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. Februar.

Berlin. Der Kaiser empfing heute den Major v. Liebert vom großen Generalstabe, der sich zu diplomatischem Auftrag nach Ostafrika begiebt. — Der neue Handelsminister Frhr. v. Berlepsch ist heute in Berlin eingetroffen. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz betr. die Herstellung einer Postdampferverbindung mit Ostafrika. — Das Abgeordnetenhaus berieth den Antrag von Brömel auf Herabsetzung der Personen-, Gepäcks- und Güter-Tarife. Er empfahl im Personenverkehr den Satz von 3 Pfg. pro Kilometer und im Güterverkehr einen solchen von 2 Pfg. pro Tonnen-Kilometer. Mit der Herabsetzung der Tarife würde sich der Verkehr heben und damit der Einnahmeausfall ausgeglichen. Nach der Uebersicht über die Ergebnisse der preußischen Staatsbahnen seien 1888/89 nicht weniger als 49½ Proz. der beförderten Güter zu Ausnahmefrachtsätzen befördert worden. Der Personenverkehr zu ermäßigten Preisen auf Rundreise-, Abonnements-, Retour-Billets u. s. w. belaufe sich 1887/88 auf nahezu 42 Proz., in Sachsen sogar auf 66⅔ Proz. Man möge daher die Ausnahmesätze zu Normalsätzen machen. In der Debatte wurde allgemein anerkannt, daß eine Reform des Tarifwesens wünschenswerth sei, doch wurde eine allgemeine Ermäßigung der Massen-Gütertarife für bedenklich erachtet. Ministerialdirektor Schlecht erklärt, daß die Eisenbahnverwaltung den Reform-Vorschlägen keineswegs ablehnend gegenüberstehe. Eine einheitliche Regelung der Personentarife wurde erwogen und bilde den Gegenstand von Verhandlungen mit andern Eisenbahnverwaltungen. Die Einführung des Zonentarifes würde einen Einnahme-Ausfall von 50 Millionen zur Folge haben. Schließlich wurde der Antrag Brömel an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Wien. Ein Theil der Presse bedauert, daß Oesterreich und Italien zu der in den Erlassen des deutschen Kaisers angeregten Konferenz nicht eingeladen werden. Ein anderer Theil meint dagegen, Oesterreich und Italien seien nur deshalb in dem Erlasse nicht genannt, weil mit ihnen bereits Vereinbarungen wegen Beschickung der Konferenz getroffen seien.

London. Der „Standard" schreibt hinsichtlich der geistigen kaiserlichen Erlasse: Wenn der Kaiser beabsichtige, ein gemeinsames System der Einmischung in die Verhältnisse der industriellen Production vorzuschlagen, dürfte England kaum in der Lage sein, seinen Wünschen entsprechen zu können. Die öffentliche Meinung sei keineswegs vorbereitet, solche Maßregeln anzuwenden, die dadurch nicht anwendbarer gemacht würden, daß sie von dem Hauptschutzzollstaate der Welt ausgingen. Möge der Kaiser den Nationen der Welt die Einführung des Freihandels vorschlagen, dann werde er für das Elend seines Volkes das aussichtsvolle Heilmittel angewendet haben. Die meisten übrigen Londoner Blätter sprechen sich zustimmend zu dem kaiserlichen Erlasse aus, obgleich auch sie mehrfach Bedenken äußern.

Belgrad. Zankow erließ eine Proklamation an das bulgarische Volk, worin er dasselbe auffordert, nicht vor dem Schaffot zurückzuschrecken und den Fürsten zu verjagen. Gleichzeitig ertheilte er dem Prinzen Ferdinand den Rath, wenn ihm sein Leben lieb sei, Bulgarien freiwillig zu verlassen.

Berliner Börse. Die Spekulation hielt sich sehr reservirt und zeigte mehrfach Neigung zu Abgaben. Banken setzten niedriger ein und waren auch später sehr matt, deutsche Bahnen waren gedrückt, österreichische schwächer. In Tauer fanden größere Realisationen statt. Bergwerke waren still. Im Kassaverkehr hatten Banken geringe Umsätze, deutsche Bahnen waren fest, auch österreichische waren gut behauptet, Bergwerke schwächer, andere Industriepapiere vorwiegend angeboten, österreichische Prioritäten still. Privatdiskont 3⅛ Proz. Nachbörse matt. — **Wetter:** Bedeckt, Nordwest, Temperatur unverändert.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 277,50. Staatsb. 187,40. Lomb. 116,50. Galizier —,—. Egypter 91,70. Ung. Gold. 89,30. Disconto 241,60. Dresdn. Bk. 181,40. Laura 188,10. Gelsenkirchen —,—. Matt.

Wien. (Abends.) Credit 331,60. Staatsbahn 216,50. Lombarden 136,50. Nordwest 197,50. Marknoten 57,50. Ung. Credit 310,25. Matt.

Paris. (Schluß.) Rente 87,55. Anleihe 115,95. Italiener 91,10. Staatsbahn 566,25. Lombarden 367,50. ex. Prioritäten —. Spanier 72⅞. Egypter 375,50. Ottomanen 536,25. Suezaktien 627,50. Trägr.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 21,40, per Mai-August 21,91. behauptet. Roggen per Februar 15,25. per Mai-August 15,60. matt. Rüböl per Februar 85,50. per Mai-August 71,00. weichend.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 202. per Mai 201. Roggen per März 115. per Mai 117.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinz **Georg** und Prinzeß Mathilde wohnten gestern früh dem Gottesdienste in der katholischen Hofkirche bei.

— Legationsrath **Prinz Thurn und Taxis**, etatsmäßiger Sekretär bei der hiesigen preußischen Gesandtschaft, und Legationssekretär Prinz Lichnowsky, zweiter Botschaftssekretär in Konstantinopel, haben mit ihren Stellen getauscht.

— **Landtag.** Den Hauptgegenstand der gestrigen Verhandlungen der **ersten Kammer** bildete die allgemeine Vorberathung des von uns bereits mitgetheilten Antrages des Kammerherrn Freiherrn v. Friesen, die Ueberweisung von 1 Million Mk. als eisernes Kapital an den allgemeinen Kirchenfonds betreffend. Der Antragsteller begründete in fast einstündiger Rede seinen Antrag und bezeichnete ihn als einen Wunsch für die Zukunft. Die günstigen Finanzverhältnisse des Landes würden sehr wohl gestatten, einen Theil davon jenem Zwecke zufließen zu lassen. Jetzt sei die günstige Gelegenheit dazu geboten, denn, ohne der Finanzverwaltung irgend ein Mißtrauen entgegenbringen zu wollen, sei doch zu erwarten, daß die nächsten Finanzperioden durch Tilgung der Reichsschulden und Erfüllung anderer Verbindlichkeiten einen Ausfall in den Einnahmen herbeiführen werde. Andererseits gelte es, einem dringenden Nothstand abzuhelfen. Die jetzige Höhe des Kirchenfonds reiche in keiner Weise aus, den Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Den Einwänden gegenüber, welche z. B. jetzt die Umgestaltung der Dresdner Bahnhöfe erfordere, erscheine die Summe von 1 Million sehr gering, während andererseits die Nothstände im kirchlichen Leben sich von Jahr zu Jahr steigern. Es gäbe noch eine große Zahl von Kirchengemeinden mit 30- bis zu 60,000 Gemeindegliedern, die noch ohne Kirche und ausreichende geistliche Seelsorge sind. Das staatsrechtliche Moment könne hier nicht in Frage kommen; ebenswenig das konfessionelle. Er würde mit derselben Liberalität dafür stimmen, wenn es sich um die katholische Kirche handelte; letztere sei aber in einer wesentlich günstigeren Lage als die evangelisch-lutherische Kirche und diese müßte allein an 600 Kirchen bauen und ca. 1100 Geistliche neu anstellen, um dem Verhältniß der Seelsorge in der katholischen Kirche zu entsprechen. Der Staat habe aber die moralische Verpflichtung, dafür einzutreten, denn unsere ganze Civilisation und Kultur habe ihren Ursprung im Christenthum und deshalb müsse man diesen Grundpfeiler, auf dem unser gesammtes Staatsleben beruht, zu erhalten und dem Unglauben mit aller Kraft entgegenzutreten suchen. Die Antwort, welche der Herr Kultusminister vor wenigen Tagen in der zweiten Kammer dem Abg. Bebel gegeben habe, habe im ganzen Lande die Dankbarkeit des Volkes hervorgerufen und werde gewiß unvergessen bleiben. (Bravo!) Es wurde uns damals die Bresche in das Christenthum und die sittliche Ordnung so deutlich gezeigt, so daß es höchste Zeit ist, dafür einzutreten und sich der Umsturzpartei zu widersetzen. Es sei keine kirchliche Frage an und für sich, die er angeregt habe, es handle sich vielmehr um die Erhaltung des Staates und des Fundamentes, auf dem dasselbe aufgebaut ist. (Beifall.) Oberhofprediger Dr. Meier bemerkt, daß es ihm da, wo es sich um eine so außergewöhnliche Bewilligung handelt, Bedürfniß und angenehme Pflicht sei, der Regierung und den Ständen des Landes den lebhaftesten Dank auszusprechen für die ausschließlichen Zuwendungen, durch welche dieselben die Fürsorge für das kirchliche Leben gefördert haben. Redner dankt auch dem Antragsteller für seine kirchenfreundliche Gesinnung, die er durch den Antrag bethätigt habe. Der Kirchenfonds bedarf sehr der Vermehrung und Stärkung. Die Anforderungen an denselben seien erfreulicherweise erhebliche und stets wachsende. Die Hoffnung, daß der Kirchenfonds durch reiche freiwillige Gaben, Stiftungen, Vermächtnisse ꝛc. vermehrt werde, habe sich nicht in der Weise erfüllt, als man gewünscht. Er begrüße daher den Antrag mit Freude. Redner weist auf die große sittliche Bedeutung hin, wenn die Vertreter des Landes so außerordentliche Mittel gewähren, auf die thatsächliche öffentliche Anerkennung, welche dadurch der Kirche gezollt wird. Es würde dies den tieferen Zusammenhang dokumentiren, welcher zwischen Kirche und Staat besteht, trotz aller Versuche, dieses Band zu lösen. Redner empfiehlt den Antrag dem Wohlwollen der Standekammern. Rittergutsbesitzer v. Trützschler spricht Bedenken gegen den Antrag in finanzieller Hinsicht aus und befürchtet, daß bei Annahme des Antrages die bisherigen transitorischen Beiträge an den Kirchenfonds in Wegfall kommen würden. Schließlich wurde der Antrag an die Finanzdeputation zur Berichterstattung überwiesen. — Die Petitionen des Bäckermeisters Löw in Volkmarsdorf und des Bahnwärters Reichardt in Leipzig wurden auf Grund der Landtagsordnung für unzulässig erklärt. — In der **zweiten Kammer** wurde vor Eintritt in die Tagesordnung der neueingetretene Abg. Colditz verpflichtet und ein-

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Kaufmarkt 4142).
Zur Saison: Butternmilch.